

**Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 105
10115 Berlin**

Kulturpolitik auf Bundesebene

Frage 1: Welche Schwerpunkte in der Bundeskulturpolitik wollen Sie in den Jahren 2013 bis 2017 setzen? Sehen Sie in diesem Zusammenhang das Erfordernis eine Kulturentwicklungsplanung des Bundes auf den Weg zu bringen? Werden Sie sich für eine Verankerung des Staatsziels Kultur auf der Bundesebene einsetzen?

Schwerpunkte in der Kulturpolitik von 2013 bis 2017 liegen in den Bereichen soziale Rahmenbedingungen der Kulturarbeit und der Kulturellen Bildung.

Ja, einen Kulturentwicklungsplan des Bundes auf den Weg zu bringen ist notwendig. Dieser Plan soll, ausgehend von einer nach Möglichkeiten umfassenden Evaluation möglichst klares und über ein fest verankertes Qualitätsmanagement nachvollziehbare Ziele einer kulturellen Entwicklung benennen, die es zu erreichen gilt. Wesentliche wie notwendige Momente zur Erarbeitung eines solchen Kulturentwicklungsplans sind die enge Zusammenarbeit mit Akteuren der Kulturarbeit sowie die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen.

Ja, die Piratenpartei wird sich für eine Verankerung des Staatsziels Kultur einsetzen, bei der Umsetzung dieses Ziels jedoch den Wunsch nach größtmöglicher Staatsferne in der Realisierung nicht aus dem Blick verlieren

Frage 2: Wie wollen Sie das Thema Kulturpolitik auf der Ebene der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag strukturell verankern? Sehen Sie einen Veränderungsbedarf bei den bestehenden Strukturen (Beauftragter für Kultur und Medien bei der Bundeskanzlerin sowie Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages)?

Hier gilt es, die förderale Struktur der Landeshoheiten zu beachten. Deswegen haben die PIRATEN hier ihr Augenmerk auf die digitalen Kulturräume gelegt, da diese von keiner Region geprägt sind und eine niedrige Zugangsschwelle haben. Dies muss auch so bleiben. Unsere Forderung geht noch weiter, da das Thema Netzneutralität hier eine wichtige Rolle spielt, da für alle Bürger eine gleichberechtigte Teilhabe an digitaler Kultur und Bildung ein Grundrecht ist, welches der Staat auf Bundesebene zu gewährleisten hat.

Deswegen fordern wir ein Ministerium für Kultur und Medien, um den modernen Erfordernissen gerecht zu werden. Unsere Gesellschaft wandelt sich von einer Industrie- zu einer Wissens- und Informationsgesellschaft; Informationen brauchen Medien, um frei zu zirkulieren und um sich zu entwickeln. Dies kann unserer Auffassung nach nur ein Ministerium bis in die Bundesländer und darüber hinaus europäisch und weltweit gewährleisten.

Frage 3: Planen Sie eine Gemeindefinanzreform, damit die Kommunen mehr finanzielle Spielräume zur Kulturfinanzierung haben?

Kultur muss zum Menschen, deswegen sollten grundsätzlich alle strukturellen Ebenen gleichberechtigt sein, um eine gerechte und vor allem nachvollziehbare Kulturförderung und Finanzierung zu gewährleisten. Aktuell sind aber die Förderlandschaften in Deutschland weder transparent, noch nachvollziehbar. Daher fordern wir Transparenz bei Kulturfinanzierungen auf

allen Ebenen, um zu gewährleisten, dass eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der vorhandenen Fördermittel vorgenommen wird.

Es geht auch darum, Fördermittel nicht in "Leuchtturmprojekten" zu bündeln, sondern einen niedrighschwelligigen Zugang an bürgernahe Kulturprojekte zu gewährleisten. Hier mehr Spielraum für die Kommunen zu fordern ohne transparente und nachvollziehbare Vorgaben für die Mittelverwendung, halten die PIRATEN für nicht zielführend.

Frage 4: Planen Sie eine Verzahnung von Kultur- und Medienpolitik und der Politik für eine digitale Gesellschaft oder sehen Kultur- und Medienpolitik sowie Politik für die digitale Gesellschaft als getrennte Arbeitsfelder?

Planen Sie in diesem Bereich strukturelle Veränderungen?

Die digitalen Lebensräume spiegeln in jedem Belang unsere moderne Gesellschaft wieder, hier nun Grenzen zu errichten erscheint willkürlich und geht an den Anforderungen weit Vorbei.

Die Piratenpartei plant nicht nur eine Verzahnung von Kultur-, Medienpolitik und der Politik als solches, sondern lebt wie selbstverständlich dieses bereits vor.

Die strukturellen Veränderungen werden sich durch unseren vorgelebten Umgang mit den modernen digitalen Medien in der weiteren politischen Entwicklung unseres Landes ergeben, dafür fordern wir ganz klar:

- Neutralität der Netze
- Uneingeschränkter Zugang zu öffentlichen Inhalten
- Anerkennung der digitalen Lebensräume als gleichberechtigter Lebensraum
- Freien Zugang ins Internet für alle Bürger

Hier explizit eine Verzahnung zu fordern wäre nach unserem Selbstverständnis so, als würden man fordern, Eulen nach Athen zu tragen.

Frage 5: Sehen Sie das Erfordernis, Maßnahmen zur Umsetzung der "UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen" auf Bundesebene zu ergreifen? Wenn ja, welche?

Die PIRATEN verweisen hier auf ihr kulturpolitisches Grundsatzprogramm, daraus kann man ganz klar ableiten, dass die Piraten sich für eine Umsetzung der UNESCO Konvention http://www.unesco.de/konvention_kulturelle_vielfalt.html einsetzen wird.

Wie bereits ausgeführt ist hierzu eine Schnittstelle zur internationalen Kulturpolitik erforderlich und das kann nur ein entsprechendes Ministerium für Kultur und Medien sein um der Bedeutung der Vielfalt von kulturellen Ausdrucksformen gerecht zu werden.

Weitere Maßnahmen werden wir mit unseren internationalen Schwesterparteien in Koordination mit der PPI (internationale Piratenparteien) erarbeiten.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Frage 1: Welche Schwerpunkte in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wollen Sie in den Jahren 2013 bis 2017 setzen? Sehen Sie Bedarf, die Kulturpolitik im Inland und die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik miteinander zu verzahnen? Inwiefern wollen Sie zivilgesellschaftliche Akteure in die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik einbeziehen?

Kultur und daraus wachsende Bildung lebt vom Austausch. Je vielfältiger und internationaler, umso tiefer das daraus entstehende Verständnis für andere Kulturen.

Der digitale Lebensraum bietet hier jedem einen unbeschränkten Zugang zu Kultur und Bildung. Der Begriff Medienkompetenz greift hier nicht, weil die digital gemachten Erfahrungen unmittelbar in einer tief verwurzelten Lebenskompetenz münden.

Das Verzahnen von internationaler und nationaler Kultur findet dort bereits statt und es ist Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass diese Freiräume erhalten und unbeschränkt bleiben.

Kultur ist immer auch eine Bildungstechnik.

Freie zivilgesellschaftliche Akteure müssen hier unmittelbar gefördert werden und ungehinderten Zugang zu nationalen wie internationalen Kultur- und Bildungsprojekten erhalten, weil diese eine unschätzbare wertvolle Ergänzung zu den staatlichen Kultur- und Bildungsangeboten sind.

Frage 2: Welche Schwerpunkte in der europäischen Kulturpolitik wollen Sie in den Jahren 2013 bis 2017 setzen? Sehen Sie die Notwendigkeit einer europäischen Außenkulturpolitik?

Eine europäische Kulturpolitik ist als gemeinschaftsstiftendes, die Vielfalt Europas betonendes Element wichtiger denn je. Die zahlreichen Programme zur innereuropäischen Kulturförderung gilt es auszubauen sowie verfügbarer und sichtbarer zu machen. Die PIRATEN setzen sich diesbezüglich für eine Erweiterung des europäischen Kulturraums auf das Internet ein, das als Grundlage eines Gemeinschaftsverständnisses auf europäischer Ebene dienen kann. Die Europeana als Bewahrerin des europäischen Kulturgutes ist dabei beispielhaft eines der Projekte, die wir unterstützen möchten.

Schwerpunkte sehen die PIRATEN außerdem im Gebiet transparenter europaweiter Fördermöglichkeiten für Künstler und Kulturschaffende sowie der Digitalisierung und Verfügbarmachung des europäischen Kulturgutes inklusive einer Reformierung des Urheberrechts auch auf europäischer Ebene, um Teilhabe an Kunst und Kultur im europäischen Raum zu ermöglichen. Wir sehen es als notwendig an, dass sich EU, Länder und Akteure der Zivilgesellschaft stark miteinander vernetzen.

Frage 3: Planen Sie Maßnahmen zur Umsetzung der "UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen" im internationalen Kontext? Wie wollen Sie kulturpolitische Anliegen in internationale Abkommen einbringen?

Die UNESCO Konvention setzt grade in der bundesweiten Koalition "Kulturelle Vielfalt" auf Akteure aus der Zivilgesellschaft, viele davon Institutionen mit staatlicher Förderung. Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass staatlich geförderte und staatlich getragene Kulturinstitutionen ihrem gesellschaftlichen Auftrag zur kulturellen Teilhabe und Förderung der kulturellen Bildung nachkommen und sich auf kommunaler und überregionaler Ebene stark mit anderen Kulturakteuren

vernetzen. Im internationalen Kontext bedeutet diese Vernetzung auch einen Zuwachs an Vielfalt in diesen Institutionen.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Frage 1: Welche Veränderungen in der sozialen Absicherung von Künstlern planen Sie? Planen Sie eine Erhöhung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialversicherung?

Die KSK hat den Wandel der Kulturwirtschaft nicht begriffen, denn die Diversifizierung zu immer kleineren, sich selbst organisierenden Kreativzellen braucht auch eine Umdeutung der Abgabepflicht. Hier müssen die Oligopole der Kreativwirtschaft weit stärker in die Pflicht genommen werden, als kleine Marktteilnehmer. Hier könnte die KSK eine Rolle in der Wettbewerbsregulierung spielen.

Nachweispflicht für Künstler ist teilweise nicht zu erfüllen. Unterbesetzung der Abteilungen. Schätzungsbescheide der KSK sind nicht nachvollziehbar und bereiten gerade kleinen, sich selbst vermarktenden Teilnehmern der Kreativwirtschaft existenzielle Gefahren.

Die massiven Finanzprobleme werden durch Intransparente Ablehnung und Verzögerungstaktik von Künstlern und überhöhten Schätzungen, die gerade kleine Marktteilnehmer gefährden, kompensiert.

Die Abgabepflicht ist gerade in der Kreativbranche schwierig, denn viele Werke werden durch gemeinsames Schöpfen mehrerer Teilnehmer, Firmen und Kreativer erstellt. Künstler, die für Gesamtkunstwerke - z. B. Videogames, Filmemacher - produzieren, müssen dann für die jeweils von ihnen Beschäftigten KSK Beiträge bezahlen. Das bedeutet wieder klare Vorteile für die großen Marktteilnehmer der Kreativbranchen - hier ist die finanzielle Ausstattung ein klarer Wettbewerbsvorteil.

Selbst vermarktende Künstler müssen letztendlich für selbst hergestellte und vertriebene Tonträger KSK Abgaben bezahlen.

Gerade in den Kreativbranchen sind Künstler saisonal immer wieder genötigt, Teile des Einkommens durch zusätzliche Jobs zu ergänzen. Wenn diese eine gewisse Höhe übersteigen, kündigt die KSK. Der Wiedereintritt in eine Krankenkasse als Privater ist dann finanziell kaum zu leisten, zumal die Tarife für Freiberufler ausgesprochen hoch sind. Wer aus Krankheits- oder sonstigen Gründen unter das Minimum fällt, wird schnell aus der KSK ausgeschlossen.

Eine deutliche Erhöhung des Bundeszuschusses mit entsprechenden Neuregelungen in der KSK ist eine echte Kreativförderung, welche sich auf breiter Basis niederschlägt und den modernen auch digitalen Lebensräumen von Kreativen Rechnung trägt.

Hier unterstützen die PIRATEN aus ihrem Grundgedanken der Teilhabe jedwede Verbesserung.

Frage 2: Planen Sie weitere Selbstständige aus dem Kulturbereich als Pflichtversicherte in das gesetzliche Sozialversicherungssystem (Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) einzubeziehen?

Wie bereits hier an anderen Stellen ausgeführt, müssen die erfassbaren Berufsgruppen erweitert werden.

Oft arbeiten Künstler artbezogen an technischen Produktionen mit, da ihr rein künstlerisches Einkommen sonst nicht ausreichen würde. Hier kommt es oft zu Auseinandersetzungen mit der KSK. Weiterhin entgeht der KSK erfassbares Einkommen, bzw. der Betroffene kann dieses "fremde" Einkommen nicht Verrenten. Bsp. Musiker arbeiten oft als Tontechniker, Fotografen als Beleuchter.

Hier muss eine anonyme Erhebung stattfinden, um genau definieren zu können wie ein Künstler heutzutage seinen Lebensunterhalt bestreitet um allen modernen Anforderungen gerecht zu werden.

Frage 3: Wollen Sie die Rahmenfrist zum Bezug von Arbeitslosengeld I für Künstler verändern? Wenn ja, was planen Sie?

Die SPD hat beantragt, die Rahmenfrist Von zwei Jahren auf drei Jahre zu Verlängern, ähnlich der Antrag der Partei "Die Linke".

Dem stimmen wir grundsätzlich zu, da es tatsächlich die Lebenssituation eines ausübenden Künstlers verbessern würde. Dennoch ist dies nicht eine wirklich tragfähige Konstruktion, welche dem Arbeitsleben eines Künstlers entspricht und immer wieder zu prekären Lebensumständen führt. Sollte nämlich jemand innerhalb der zwei bzw. drei Jahren nicht auf die 12 Monate Beschäftigung kommen, so fällt er aus der ALG I Regelung raus.

Deshalb fordern die PIRATEN den Wegfall von Rahmenfristen für Künstler, welche nachweislich ihren Lebensunterhalt durch temporäre Engagements bestreiten und eine Erweiterung der Berufsgruppen auf alle unmittelbar an künstlerischen Prozessen beteiligten Mitarbeitern.

Steuerpolitik

Frage 1: Wollen Sie sich auf der europäischen Ebene für einen ermäßigten Umsatzsteuersatz für E-Books, Hörbücher, künstlerischen Siebdruck, künstlerische Fotografie, Videokunst, Tonträger und DVDs einsetzen?

Hier ist es schwierig abzuwägen, was nun originäre Kunst oder doch Massenprodukt ist.

So erscheint ein ermäßigter Umsatzsteuersatz eine sinnvolle Alternative und wird vielem gerecht. Die Ausweitung der von dem ermäßigten Steuersatz begünstigten Erzeugnisse ist sinnvoll und passt sich somit den modernen Gegebenheiten an.

Die Piratenpartei wird sich auf europäischer Ebene für diese Erweiterung einsetzen und weiterführend im digitalen Bereich die zu erfassenden Erzeugnisse betrachten und einbringen.

Frage 2: Wollen Sie sich für ein Optionsmodell bei der Umsatzsteuerbefreiung für Kulturinstitutionen auf der europäischen Ebene einsetzen?

Hier verweisen wir auf unser Grundsatzprogramm, welches die Piraten als Kulturpartei definiert. Wir setzen uns für alle Möglichkeiten ein, welche die Kunst und Kultur von staatlichen Zwängen befreit.

Eine Besteuerung künstlerischer Werte stellt generell eine Beeinträchtigung der freien

Kunstausbübung dar und konterkariert die hehre Pflicht des Staates seine Kunst und Kultur zu fördern für eine gemeinsame Identifikation und das Ermöglichen der kulturellen Teilhabe aller ohne dabei vorzugeben was Kultur sei oder nicht.

Eine Umsatzsteuer erfasst Mehrwerte, aber einen kulturellen Mehrwert als solches erfassen zu wollen erscheint absurd und ist von daher abzulehnen.

Die Piraten setzen sich ganz klar für ein Optionsmodell bei der Umsatzsteuerbefreiung für Kulturinstitutionen ein.

Frage 3: Wollen Sie sich für eine Umsatzsteuerbefreiung für Bühnenregisseure, Choreographen, Bühnen- und Kostümbildner einsetzen?

Viele Künstler arbeiten nicht ausschließlich künstlerisch / freiberuflich nach der derzeitigen Steuergesetzgebung und schreiben ihre Rechnungen entweder mit 7% für eine künstlerische Dienstleistung oder mit 19% für eine Dienstleistung im künstlerischen Bereich, sofern die Rechnung nicht gemäß § 19 UStG ohne Umsatzsteuer gestellt wird. Das führt im buchhalterischen Alltag eines Künstlers oft zu Unsicherheiten und im Zweifel zu Auseinandersetzungen mit dem Finanzamt. Hier gilt es, Klarheit zu schaffen, deswegen fordern wir eine generelle Umsatzsteuerbefreiung für unmittelbar an künstlerischen Werken beteiligte Mitarbeiter, sofern sie freiberuflich tätig sind.

Frage 4: Planen Sie Veränderungen bei der Besteuerung ausländischer Künstler, die in Deutschland auftreten?

Die zur Zeit angewandten Staffelungen erscheinen nicht mehr zeitgemäß und tragen auch nicht allen modernen Gegebenheiten Rechnung. So sollte z.B. berücksichtigt werden, dass ein ausländischer Künstler Mehrwerte schafft durch Beschäftigung von Musikern, Technikern usw. Hier sollten die gesamten Produktionskosten in der Besteuerung berücksichtigt werden und nicht nur die Gage des Künstlers, so dass es für ausländische Künstler attraktiver wird, in Deutschland aufzutreten, was durchaus eine Bereicherung für die hiesige Kulturlandschaft bedeutet. Dies gilt es auf die kleineren bis mittleren Produktionen abzustimmen, wobei eine Vereinfachung und Befreiung gerade für die kleinen Produktionen im Vordergrund steht.

Urheberrechtspolitik

Frage 1: Sehen Sie Bedarf für Maßnahmen zur Stärkung des Urheberrechts? Wenn ja, welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen?

Für uns steht die Stärkung der Urheber und Nutzer im Vordergrund. Das Urheberrecht muss hierzu in wichtigen Punkten reformiert und gegenüber dem Interesse von Auswertungsindustrien gestärkt werden. Die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zum Nutzen der Urheber und Nutzer muss Fokus vieler rechtlicher Ergänzungen sein. Sei es die Schaffung einer der "Fair-Use-Regelung" ähnlichen Schrankenregelung für die erweiterte Privatkopie, das Recht auf Remix und Mashup sowie die Bildungsschranke. Kulturelle Bildung benötigt die freie Zirkulation und die Teilhabe der breiten Gesellschaft. Die ehrlichen Erwerber von Werken sehen sich regelmäßig einer Kriminalisierung und verschiedensten Einschränkungen ausgesetzt. Unser Bestreben ist es, die Rechte der fairen Erwerber von Werken wieder zu stärken. Kein Nutzer sollte sich nach dem legalem Erwerb eines Werkes Gedanken über das Urheberrecht machen müssen.

Die PIRATEN setzen sich nachdrücklich dafür ein, alternative Bezahlmodelle und Finanzierungsmodelle für Urheber und Künstler zu fördern und in der öffentlichen Wahrnehmung zu verbreiten. Unser Fokus liegt dabei sowohl auf den Möglichkeiten der Selbstvermarktung, als auch auf der Finanzierung durch Micropaymentsysteme oder Crowdfundingmodelle.

Durch eine möglichst große Verbreitung und Akzeptanz dieser neuen Möglichkeiten möchten wir ein selbstbestimmtes und faires Bezahlmodell durch die Nutzer ermöglichen und etablieren. Diese selbstbestimmte Teilhabe am Kulturmarkt kann nach Meinung der PIRATEN ihrerseits wieder neue Wege der finanziellen Vergütung für Werke generell ermöglichen und viele aktuell existente Probleme des Urheberrechts minimieren.

Um einen transparenten Staat und transparente Behörden sowie die Nachvollziehbarkeit von behördlichen Abläufen zu fördern und zu verbessern, müssen alle amtlichen und von Ämtern in Auftrag gegebenen Werke in Zukunft für die Bevölkerung ohne Einschränkungen nutzbar sein und sollen vom Urheberrecht generell ausgenommen werden.

Nach unserem Willen soll dies auch für unveröffentlichte und behördeninterne Werke gelten, wenn wegen einer aktuellen politischen Situation ein besonderes öffentliches Interesse an diesen besteht. Auf diese Weise kann verhindert werden, dass das Urheberrecht bei behördeninternen Fehlern vorgeschoben werden kann, um missbilligte Dokumente zurückhalten zu können.

Frage 2: Wollen Sie das Urhebervertragsrecht evaluieren?

Die Rechte der Urheber gegenüber den Rechteinhabern und Rechtheverwertern müssen deutlich gestärkt werden. Wir PIRATEN werden Urhebern unter anderem eindeutige und niederschwellige Zweitverwertungsrechte einräumen, Rechte bei Nichtausübung schneller zurückfallen lassen und verhindern, dass unbekannte Nutzungsarten pauschal eingeräumt werden können. Ferner werden wir die Vergabe ausschließlicher Nutzungsrechte auf maximal 20 Jahre beschränken und diese Rechte anschließend zurück an die Urheber fallen lassen. Zudem werden wir ausschließen, dass sich Verleger zusätzlich Anteile an den Vergütungen der Urheber sichern können.

Für die eigentlichen Urheber von Werken steckt unser aktuelles Urheberrecht voll vieler kleiner Bevormundungen, vertraglicher Umgehungsmöglichkeiten usw. zugunsten der Rechteerwerber. Bei einer Reform werden wir hier somit ebenfalls ansetzen und den Urhebern selbst wieder mehr Rechte und Kontrolle über ihre eigenen Werke ermöglichen.

Frage 3: Wie bewerten Sie das geltende Urheberrecht für den Wissenschaftsbereich?

Das geltende Urheberrecht behindert die Wissenschaften und den Bildungsbereich in Deutschland. Während sich weltweit immer mehr Universitäten dem OCWC (Open Courseware Consortium) anschließen und hervorragende Erfahrungen mit der unbeschränkten Öffnung von Bildungsinhalten machen, gibt es in Deutschland noch nicht einmal Machbarkeitsstudien. Open Access und das Zweiveröffentlichungsrecht für Autoren ist nicht umfassend möglich. Gerade im Wissenschaftsbereich ist der Großteil der Werke unter öffentlicher Förderung entstanden. Diese Werke müssen frei verfügbar sein und nicht erst nach einer überlangen Erstveröffentlichungsfrist für Verleger. Die Behauptung des Börsenvereins des Buchhandels, die wissenschaftliche Qualität würde unter dieser Befreiung von Wissen leiden, wird mit unzähligen Crowdsourcing Projekten sogar ins Gegenteil verkehrt. Gerade die offene Teilhabe sorgt so wie im gesamten Open Source Bereich zu mehr Wertschöpfung und Wissen.

Im Bildungskontext muss die Mediennutzung für alle Bildungseinrichtungen frei von Urheberrechtsabgaben erfolgen können. Bildung ist ein viel zu wichtiges Gut, um es unnötig vielen Einschränkungen zu unterwerfen. Bildung ist Motor für Wissen, Wirtschaft, Innovation und Kreativität und unentbehrlich für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft sowie der souveränen Teilhabe ihrer Mitglieder an dieser.

Zusätzlich muss die Position öffentlicher Bibliotheken gestärkt werden sowie die Digitalisierung und Archivierung von Werken und deren Zugriff ausgeweitet und erleichtert werden. So soll etwa die Absurdität entfallen, dass nur so viele digitalisierte Kopien eines Werkes verliehen werden dürfen, wie physische Exemplare vorhanden sind.

Forschung und Wissenschaft werden jährlich mit mehreren Milliarden Euro durch die öffentliche Hand gefördert und unterstützt. Deren Ergebnisse müssen somit im Anschluss auch der Öffentlichkeit in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Dies fördert die Verbreitung von Wissen und ermöglicht dessen konsequente Weiterentwicklung. Um wissenschaftlichen Verlagen ihre Arbeit weiter zu ermöglichen, könnte eine mögliche Sperrfrist hier höchstens ein halbes Jahr betragen.

Frage 4: Planen Sie eine Hinterlegungspflicht für gesetzliche Vergütungsansprüche?

Eine Hinterlegungspflicht als Forderung ist gerade im Bereich importierter Datenträger nachvollziehbar, denn eine Vielzahl der importierenden Firmen agiert in einer Grauzone. Faire Wettbewerber werden hier benachteiligt. Vor der Hinterlegungspflicht gesetzlicher Vergütungen gilt es jedoch noch viel wichtigere Kriterien zu klären:

1. Transparenz bei der ZPU und den von ihr verteilten Geldströmen schaffen.
2. Harmonisierung der Pauschalabgaben des vom EUGH gesprochenen Luksan und Padawan Urteils umsetzen
3. DPMA seiner Verpflichtung ermahnen, um sowohl Tarife als auch Verteilungsschlüssel der beteiligten Verwertungsgesellschaften nach Kriterien der Fairness und Angemessenheit zu überprüfen.
4. Die Beteiligung von Urheber fremden Interessengruppen wie Verlegern und Verwertern an den ausschließlich den Urhebern offenstehenden VGs beenden (Siehe Vogel vs. VG WORT / Kramm, Ackermann vs. GEMA)
5. Deckelung von multiplen und verketteten Vergütungspflichten: Eine Quellenbasierte, einmalige Vergütung muss ausreichen. Wenn einzelne Bauteilgruppen mehrfach mit Vergütungspflichten versehen werden, entstehen unfaire und ungerechtfertigte Zahlbeträge
6. Stärkung und Förderung alternativer VGs wie C3 S, die der Diversifizierung der Kulturmärkte Rechnung tragen

Medienpolitik

Frage 1: Wie stehen Sie zur aktuellen Situation der öffentlich-rechtlichen Sender? Sehen Sie den Bedarf nach Änderungen mit Blick auf den Auftrag und die Transparenz vor dem Hintergrund des seit dem 01.01.2013 gültigen Gebührenmodells?

Wir PIRATEN stehen für volle Ausgabentransparenz bei den öffentlich-rechtlichen Sendern. Nicht nur sollten die Anstalten ihre Ausgaben offen darlegen, sie sollten die Ausgaben auch derart aufbereiten, dass sie für jedermann leicht verständlich sind. Auf der Einnahmeseite bevorzugen wir datensparsamere Methoden wie einen Rundfunkbeitrag, der über das Finanzamt eingezogen wird oder ein Rundfunksteuermodell.

**Frage 2: Sehen Sie den Bedarf nach weiteren Geschäftsmodellen im Internet?
Welche Maßnahmen planen Sie um dabei die Rechte der Kultur- und Medienschaffenden zu gewährleisten?**

Öffentlich finanzierte Inhalte müssen der Öffentlichkeit auch uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Das bedeutet nicht nur, um konsumiert zu werden, sondern auch, um darauf aufzubauen, weiterzuarbeiten, zu remixen. Inhalte, die sich dafür nicht eignen, sollten auch nicht mit öffentlichem Geld finanziert werden.

Wir sind überzeugt von der Grundidee des öffentlichen Rundfunks, einen öffentlichen, nicht ökonomisch dominierten Raum in den Medien frei zu halten. Im Internet herrscht aber - anders als im Rundfunk - keine Knappheit an Sendeplätzen. Öffentlicher Raum im Netz muss ein Raum für freie Entfaltung aller Menschen sein. Der Zugang muss diskriminierungsfrei garantiert werden und alle Inhalte müssen mit gleicher Bandbreite zugänglich sein - Netzneutralität ist das Stichwort.

Wir fordern, dass alle öffentlich-rechtlich finanzierten und eingekauften Formate uneingeschränkt und gemeinfrei publiziert werden.

**Frage 3: Welche Maßnahmen zur Digitalisierung von Kulturgut wollen Sie durchführen?
Welche Maßnahmen zur Rettung des audiovisuellen Erbes planen Sie?**

Die Digitalisierung unseres Kulturguts erkennen die PIRATEN als eine der größten Jahrhundertaufgaben an. Die Digitalisierung und Erforschung der adäquaten Lagerung ist wichtiger denn je, da das Ursprungsmaterial zu verschleifen oder zerstört zu werden droht. Wir wollen eine umfassende Digitalisierung von schriftlichem, audiovisuellem und gegenständlichem Kulturgut fördern, die nicht auf der Auslagerung an private Dienstleister basiert. Da unser Kulturgut die Grundlage unserer Zivilisation ist, müssen deren Digitalisate frei, kostenlos und restriktionsfrei verfügbar für alle sein. Projekte wie die Europeana, die mit freien Lizenzen der Digitalisate operiert, die Idee der Deutschen Digitalen Bibliothek oder bavarikon (die das Lizenzierungsmodell ihrer jeweils teilnehmenden Institutionen noch einmal überdenken sollten) wollen die PIRATEN fördern.

Bei audiovisuellen Medien ist die aktuelle Lage sogar noch schlimmer. Die meisten Filmarchive werden nur minimal gefördert, so dass sie ihren täglichen Betrieb aufrechterhalten können. Umfassende Digitalisierungs- und Restaurierungsmaßnahmen sind hier nur eingeschränkt möglich. Deshalb wird die Rettung audiovisueller Daten an Dritte ausgelagert, die die meist gemeinfreien oder verwaisten frühen Filmwerke wieder mit neuen Schutzrechten versehen. Hier sehen die PIRATEN zweigleisigen Handlungsbedarf: Zum einen eine transparente und massive Förderung zur Rettung und Digitalisierung unseres audiovisuellen Kulturerbes; zum anderen dessen Verfügbarmachung durch Verkürzung der Schutzfristen und Lockerung der Regeln zu verwaisten Werken. Daumenregel sollte sein: Wenn audiovisuelles Kulturgut durch Digitalisierung mit Steuergeldern bewahrt werden konnte, gehört es frei und uneingeschränkt den Steuerzahlern. Deshalb unterstützen wir Creative Commons, also freie Lizenzen.

Frage 4: Sehen Sie Bedarf Medienkompetenz stärker zu vermitteln? Welche Vorhaben planen Sie?

Anstelle der Überregulierung und Bevormundung von Menschen, welche die Grundlage der jetzigen Jugendschutzregelungen bilden, muss der Schwerpunkt von Jugendschutzbestimmungen

bei Aufklärung und Vermittlung von Medienkompetenz sowohl für die Kinder und Jugendlichen, als auch für die Erziehungsberechtigten liegen.

Deswegen stehen wir für einen modernen (Schul-)Unterricht, der das Vermitteln von Medienkompetenz als fächerübergreifende Aufgabe begreift und Kinder, Jugendliche, deren Eltern sowie pädagogisches Personal gleichermaßen mit einbezieht.

Frage 5: Welche medienpolitischen Akzente wollen Sie auf europäischer Ebene setzen?

Auf EU-Ebene gibt es zahlreiche Vorstöße von Lobbygruppen, die Redefreiheit und die Möglichkeiten zur kulturellen Entfaltung im Internet drastisch einzuschränken. Mit Initiativen wie der "Richtlinie zur Durchsetzung geistigen Eigentums" (IPRED) wollen Teile der Kulturindustrie die freie Kreativität in Ketten legen. Drastische Einschränkungen der Privatsphäre sind ein Nebeneffekt in allen diesen Richtlinien. Wir werden auf EU-Ebene, genau wie in unserer Landes- und Bundespolitik, für mehr Freiheit statt weiteren Einschränkungen kämpfen.

Bildungspolitik

Frage 1: Wollen Sie sich für eine Abschaffung des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik einsetzen? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie?

Hier bedarf es dringend einer entsprechenden Grundgesetzänderung, da dieses Gesetz vollkommen obsolet ist und die Gegebenheiten der modernen vernetzten Welt in keiner Weise berücksichtigt. Als konkrete Maßnahme gilt es bei den parlamentarischen Parteien für die entsprechenden Mehrheiten zu werben, um dieses aus der Sicht der PIRATEN vollkommen unsinnige Verbot für die Kultur, Medien und Bildungspolitik ersatzlos aus dem Grundgesetz zu streichen.

Wenn man bedenkt, dass dieses Gesetz erst 2006 im Zuge der Förderalismusreform ins Grundgesetz aufgenommen wurde, muss man den verantwortlichen Politikern schlichtweg jedwedes vorausdenkende Handeln für Kultur und Bildungspolitik absprechen, da es in diesen Bereichen schon damals an den Anforderungen einer modernen Gesetzgebung weit vorbeiging.

Frage 2: Wollen Sie das Programm "Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung" weiterentwickeln und vertiefen?

Ja, hier verweisen wir wieder auf unser kulturpolitisches Grundsatzprogramm und fordern weitergehend eine Berücksichtigung der digitalen Lebensräume hinsichtlich Spiel, Kultur und Kunst.

Die PIRATEN definieren sich als Kulturpartei und steht hinter allen Programmen, welche Kultur fördern und den Menschen die Beteiligung an Kultur ermöglichen ohne bevormundend den Menschen die Entscheidung, was als Kultur empfunden wird oder nicht, aufzudrängen.

Schwerpunkt kulturelle Bildung und Vermittlung:

- Kulturelle Bildung ist eine wesentliche Aufgabe der Kulturpolitik. Sie muss verstärkt bereits in den Schulen stattfinden, nicht nur durch Lehrer, sondern vor allem auch durch Projekte mit Kulturschaffenden. Neben vermehrten entsprechenden Angeboten durch staatliche Kultureinrichtungen müssen insbesondere die Budgets für kulturelle Bildung und

Vermittlung erhalten und aufgestockt werden. Die Förderung von soziokulturellen Projekten muss vereinfacht werden.

- An den Schulen sollen die Fächer Kunst und Musik auch in der Grundschulpädagogik gleichberechtigt neben den Hauptfächern unterrichtet werden.
- Das Programm sollte insoweit vertieft werden, als dass sich dauerhafte, breit angelegte Bündnisse entwickeln können, die sich langfristig in den Lehrplänen verankern und einen festen Platz im Bildungssystem erfahren. Die Vergütung und Wertschätzung sollte der des regulären Unterrichts nicht nachstehen.
- Das heißt, dass der Arbeitsansatz im soziokulturellen Bereich statt eines starken Schwerpunkts auf Ehrenamt sich vielmehr professionalisieren und entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen für die beteiligten Bildungspartner anbieten sollte. Insbesondere fokussieren wir dabei die demografische Entwicklung und fördern Bildung für alle Generationen.
- Den Institutionen muss ein ausreichender Etat zur Planungssicherheit zur Verfügung gestellt werden.
- Auch sollte verstärkt eine gesamtgesellschaftliche Bildung über alle Generationen und der Fokus über die schulische Ergänzung hinaus gefördert werden.

Frage 3: Wollen Sie Maßnahmen zur Sicherung der Mobilität von Studierenden ergreifen?

Hier verweisen wir auf das Promos-Programm des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, welches wir vollumfänglich mittragen:

<https://www.daad.de/hochschulen/ausschreibungen/13502.de.html>

Frage 4: Wollen Sie kulturelle Bildung in die Stadtentwicklungspolitik integrieren?

In Anbetracht der Tatsache, dass es viele schöne Leuchtturmprojekte gibt, welche der Wirtschaft dienen, jedoch die kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung vollkommen ignorieren, ist dies mehr als notwendig. Es gibt viel zu wenig Stätten, um Kultur leben zu können. Dies stoßen wir auf kommunaler Ebene so gut es geht an. Kultur braucht Austausch, und dafür bedarf es Stätten der Begegnung, so barrierearm wie nur irgend möglich.

Kulturelle Bildung findet über genau diesen Austausch statt. Dies muss in einer modernen Stadtentwicklung berücksichtigt werden, damit gerade junge Menschen nicht ihre Erlebniswelten nur in den digitalen Lebensräumen suchen müssen.

Stadtentwicklung sollte verstärkt unter Berücksichtigung der dort lebenden Menschen vollzogen und langfristig geplant werden. Die Politik hat dabei die Aufgabe, geschichtliches, kulturelles und soziales Bewusstsein im Stadtbild zu integrieren.

Frage 5: Wollen Sie die kulturelle Kinder- und Jugendbildung im Schnittfeld von Jugend-, Bildungs-, und Kulturpolitik stärken und welche jugendpolitischen Vorhaben halten Sie hierfür für bedeutsam?

Kinder- und Jugendpolitik findet hierzulande auf vielen Ebenen statt. Den PIRATEN ist es wichtig, den jungen Menschen Kompetenzen in der digitalen Welt zu vermitteln, staatsfern und frei von ideologischen parteipolitisch orientierten Werten. Frei nach dem Motto: "Trau keinem Plakat, informier dich".

Damit junge Menschen sich ungefährdet in der digitalen Welt bewegen können, brauchen sie dort Schutzräume, aber auch Aufklärung und Begleitung. Medienkompetenz scheitert aus Generationsgründen oft am Elternhaus, was sich aber ändern wird, und das muss gefördert werden. Warum die jungen Menschen heutzutage noch kiloschwere Schulranzen in die Schule schleppen müssen, ist der Besitzstandswahrung verschiedenster Lobbyismusorganisationen geschuldet. Ein mobiles Endgerät wie ein sogenanntes "Tablet" würde vollkommen ausreichen und ganz nebenbei die Medienkompetenz, welche in erster Linie eine Lebenskompetenz ist, stärken und entwickeln.

Die Schule als Organisation muss erneuert werden. Dazu gehört die Digitalisierung und Vernetzung des Schulbetriebs über die Grenzen der Länder hinweg.

Kunst- und Kulturschaffenden sollen Strukturen zur Vernetzung, Weiterbildung und zum Austausch von Wissen zur Verfügung gestellt werden.

Entsprechende Projekte müssen verstärkt gefördert werden. Ziel ist es, die Unterstützung der Weiterbildung Einzelner sowie die Entwicklung von vernetzten Strukturen zu fördern. Digitale Kultur und Vernetzung, und damit Transparenz, Open Access und kollaboratives Erarbeiten von Bildungsinhalten soll in den Bildungsinstitutionen verankert werden. Wir fördern die Verbreitung der OER (Open Educational Resources www.oercommons.org) und deren Einbindung bundesweit in den Unterricht.

Frage 6: Wollen Sie sich für einen Ausbau der Förderung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung durch die Kinder und Jugendpolitik und eine aufgabengerechte Förderung bundeszentraler Infrastrukturen im Kinder- und Jugendplan des Bundes einsetzen?

Da es nun keine bundesweit einheitliche Aufgabenstellung für eine ebensolche Förderung gibt, ist es sehr schwierig hier politische Hebel in Bewegung zu setzen.

Deswegen gilt es hier erst einmal Transparenz in die bereits vorhandenen kulturpolitischen Maßnahmen in der Kinder- und Jugendpolitik zu bringen, um erkennen zu können, wo welcher Bedarf herrscht.

Zur Zeit gibt es 21 Förderprogramme welche oft in nicht nachvollziehbarer Weise Fördermittel an Verbände insbesondere kirchlicher Organisationen oder Gewerkschaften ausschüttet. Unabhängige Jugendprojekte haben nahezu keine Chance an diesen Fördergeldern zu partizipieren.

Hier gilt es Möglichkeiten zu schaffen, bevorzugt viele kleine Projekte zu fördern anstatt vereinzelte große Aktionen.

21 Förderprogramme verteilt auf ganz Deutschland erscheinen da eher wie eine Rechtfertigung denn als eine plan.- und sinnvollen Förderung.

Frage 7: Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus dem Schwerpunkt Kulturelle Bildung des Nationalen Bildungsberichts (2012)? Wollen Sie die Förderinstrumente der kulturellen Bildung weiterentwickeln? Wenn ja, welche Vorhaben planen Sie?

Gerade in den naturwissenschaftlichen Fächern und den praktischen Studiengängen ist eine kulturelle interdisziplinäre Bildung sehr wichtig, fördert sie doch die Kreativität und damit auch individuelle Lösungsansätze inklusive "Plan B". Die persönlichen kulturellen Interessen entwickeln sich das ganze Leben lang, und man ist immer bestrebt, neue Impulse zu empfangen, um die eigene Persönlichkeit weiter zu entwickeln und zu festigen. Die kulturelle Bildung ist für eine Gesellschaft, für ihre Identifikation und ihre Weiterentwicklung ein unabdingbar Motor für den Wandel in eine moderne Informationsgesellschaft. Die PIRATEN wollen die digitale Teilhabe an allen kulturellen Ereignissen ermöglichen, um allen Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich zu bilden und zu entwickeln.

Jurys und Vergabegremien von Förderinstrumenten müssen auf transparente, demokratische und paritätische Weise konstituiert werden; Beratung und Entscheidungsfindung müssen öffentlich stattfinden. Transparenz muss auch bezüglich der Verflechtungen von Jury-Mitgliedern, Antragstellern und deren Projektpartnern hergestellt werden. Der Einfluss der Politik auf die Zusammensetzung der Vergabegremien muss minimiert werden. Stattdessen soll ein breites interdisziplinäres Netzwerk, das die Kunst- und Kulturlandschaft facettenreich abbildet, einbezogen werden.

Auch das Publikum ist im geeigneten Rahmen in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Neben der kulturellen Bildung als Kernaufgabe müssen insbesondere interkulturelle Vielfalt und Austausch weiter gefördert werden. Ziel einer nachhaltigen Kulturpolitik muss eine breit angelegte Basisförderung der jeweiligen Künstler und Kulturarbeiter sein, nicht der Kulturunternehmer. Deshalb hat die Forderung nach einem Kulturstipendium Priorität. Die Beantragung von Fördergeldern soll vereinfacht werden, wobei insbesondere der Aufwand für die Antragstellung selbst mit berücksichtigt werden soll.

Öffentlich-rechtliche Körperschaften und öffentlich geförderte Kunst- und Kulturvereine, die Interessen Kulturschaffender vertreten, werden dazu verpflichtet, ihre Entscheidungsfindung nach transparenten Kriterien zu erarbeiten und darzulegen. Freie Verbände, Räte und Initiativen werden hierzu aufgefordert.